

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Europäische Gemeinschaft -
Einkommensteuer - Innerdeutscher Handel - Ägypten -
Bundesrepublik - Großbritannien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1976) : Kurz kommentiert: Europäische Gemeinschaft - Einkommensteuer - Innerdeutscher Handel - Ägypten - Bundesrepublik - Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 4, pp. 167-168

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134934>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Europäische Gemeinschaft

Allgemeine Ratlosigkeit

Auf seinem Treffen in Luxemburg konnte der Europäische Rat der Regierungschefs seiner Aufgabe, Perspektiven für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft aufzuzeigen, nicht gerecht werden. Er konnte weder die Fragen zur Direktwahl des Europäischen Parlaments beantworten noch die Probleme der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik auch nur ansatzweise lösen. Auch für dieses Gremium waren die sogenannten nationalen Sachzwänge wieder einmal stärker als die „Europäische Idee“. Was bleibt, ist eine allgemeine Ratlosigkeit.

Daß es nicht zu einer Entscheidung über die Direktwahl des Europäischen Parlaments gekommen ist, ist zwar bedauerlich, denn dadurch wird die Gemeinschaft auch weiterhin mit ihrem „demokratischen Defizit“ leben müssen. Wie lange dieses Leben aber noch europäisch sein wird, hängt im wesentlichen davon ab, wie die verantwortlichen Politiker die wirtschafts- und währungspolitischen Probleme der Zukunft lösen wollen. Sie sollten sich bei ihren Maßnahmen aber bewußt sein, daß die vor kurzem überstandene Währungskrise nur ein Beispiel dafür ist, was in diesem Jahr noch auf die Gemeinschaft zukommen kann, wenn die Wirtschaftsentwicklungen weiterhin so unterschiedlich verlaufen wie bisher. Daß dies der Fall sein wird, dafür gibt es gute Gründe, so daß die nächsten schweren Währungskrisen mit ihren desintegrierenden Effekten bereits vorprogrammiert sind.

Angesichts der Tatsache, daß es gegenwärtig nicht nur politisch unmöglich ist, die Wirtschafts- und Währungspolitik zu harmonisieren, wie die Ratlosigkeit in Luxemburg erneut zeigte, sondern auch ökonomisch unsinnig, sollte die Gemeinschaft den Mut haben, die Währungsschlinge als Integrationsinstrument aufzugeben. ge

Einkommensteuer

Disagiobesteuerung bei Anleihen?

Im Parlament steht zur Zeit ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Beratung an, der eine Besteuerung der Differenz zwischen Rückgabe- und Ausgabekurs (Disagio) bei Schuldverschreibungen vorsieht, soweit sie 6 % des Nennwertes übersteigt. Die Vorschrift soll auch auf bereits im Umlauf befindliche Altmissionen Anwendung finden.

Die steuersystematische Logik einer Disagiobesteuerung erscheint auf den ersten Blick einsichtig. Das Disagio bedeutet für den Anleger eine Erhöhung der Verzinsung einer Anleihe über den Nominalzins hinaus. Wenn aber eine Besteuerung des Zinseinkommens erfolgt, so müßte diese eigentlich auf die effektive Verzinsung abgestellt sein. Diese Zielsetzung würde mit der Disagiobesteuerung jedoch nur bei den Anlegern erreicht, die an ihren Papieren von der Emission bis zum Ende der Laufzeit festhalten, da immer nur die Anleger steuerpflichtig würden, die zur Zeit der Rückzahlung noch Gläubiger der Schuldverschreibung sind. Anleger, die ihre Papiere vorzeitig verkaufen, würden von der Steuer nicht erfaßt, da sie lediglich einen steuerfreien Kursgewinn realisieren würden.

Ein weiteres Argument gegen die Disagiobesteuerung ist die zu befürchtende negative Auswirkung auf den Kapitalmarkt. Neben einem zusätzlichen Kursdruck auf niedrig verzinsliche Altmissionen muß damit gerechnet werden, daß wegen der willkürlichen Freigrenze von 6 % in Zukunft nur noch Neuemissionen mit einem Kurs von über 94 % des Nennwertes plaziert werden könnten. Zwangsläufige Folge wäre ein höherer Nominalzins, der insbesondere die über Kommunalobligationen finanzierten gemeindlichen Investitionen und die über Pfandbriefe refinanzierten Wohnungsbaukredite verteuern würde. Dieses Argument hat sich auch der Städtebauausschuß des Bundestages bei seiner Ablehnung der Disagiobesteuerung zu eigen gemacht. Im Interesse der Gemeinden und des sozialen Wohnungsbaus ist zu hoffen, daß der Bundestag sich dieser Empfehlung anschließen wird. wei

Innerdeutscher Handel

Geringe Konsolidierungsaussichten

Mit Ausnahme von 1968 übersteigen seit 1966 die Lieferungen der Bundesrepublik in die DDR ihre Bezüge aus der DDR. Auch 1975 hat sich bei einem um insgesamt 7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Handelsvolumen die Schere im innerdeutschen Handel weiter zu Lasten der DDR geöffnet, so daß deren kumulierter Passivsaldo von 1,9 auf 2,4 Md. DM stieg. Eine Konsolidierung der Handelsbilanz durch verstärkte Importrestriktionen der DDR erscheint kaum denkbar, da die Importe aus der Bundesrepublik in der DDR dringend für einen befriedigenden Wachstumsverlauf benötigt werden. Wenn aber in absehbarer Zukunft die DDR ihre Importe aus der Bundesrepublik nicht einzu-

schränken vermag, muß sie versuchen, ihre Lieferungen auszuweiten.

Im Vergleich zu den übrigen westlichen Industrienationen importiert aber die Bundesrepublik relativ mehr Verbrauchsgüter und landwirtschaftliche Erzeugnisse als Investitionsgüter aus der DDR. Hier wird deutlich, daß von seiten der DDR der durch die Römischen Verträge erleichterte Marktzugang und die damit günstigen Absatzbedingungen in der Bundesrepublik gezielt nicht für marktgängige Handelsgüter wie Maschinen und Ausrüstungen genutzt werden, sondern für weniger veredelte Erzeugnisse. Eine Exportsteigerung bei diesen Gütern ist jedoch nicht zu erwarten. Dies gilt trotz des konjunkturellen Aufschwungs in der Bundesrepublik auch für die Maschinenexporte der DDR. Denn zum einen ist die Bundesrepublik selbst einer der führenden Maschinenhersteller der Welt. Zum anderen werden einer Ausweitung der Maschinenexporte der DDR in die Bundesrepublik enge Grenzen durch die gestiegenen Rohstoffpreise gesetzt: Der Westhandelsspielraum der DDR ist bei Investitionsgütern aufgrund der engen Anbindung an den RGW weiter eingeengt worden. Optimismus ist deshalb im innerdeutschen Handel fehl am Platze. pl

Ägypten – Bundesrepublik

Staatsbesuch ohne Überraschungen

Die Bundesrepublik zeigte beim diplomatisch exzellent vorbereiteten Staatsbesuch des ägyptischen Präsidenten Sadat mit der Unterzeichnung längst ausgehandelter Kapital- und Warenhilfeabkommen (230 Mill. DM) und der Bereitschaft zu Exportkreditbürgschaften (300 Mill. DM) begrenzte Großzügigkeit. Auch außenpolitisch gab es keine Überraschungen; man blieb trotz der so wohlklingenden Schmeicheleien Sadats, Bonn könne und solle im Nah-Ost-Konflikt eine Heilsstifterrolle übernehmen, auf dem Teppich. Bei Sadat lag eine zu offensichtliche Verwechslung von wirtschaftlicher mit politischer Größe der Bundesrepublik vor.

Hoffnungen konnte Sadat auch an seine Forderung nach Anerkennung der PLO kaum ernsthaft knüpfen, zumal die Bundesregierung nur wenige Tage vor seinem Besuch die Eröffnung eines PLO-Büros in Bonn abgelehnt hatte. Bonns Verantwortung und Rücksichtnahme gegenüber Israel müssen dies verbieten, solange nicht die Palästinenser das Existenzrecht Israels anerkennen. Schließlich konnte Sadat wegen derselben Rücksichtnahme auch eine direkte Waffenhilfe für sein von der UdSSR abgenabeltes Land kaum erwarten.

Daher wurde dieses Thema gar nicht erst angesprochen, zumal man bereits im diplomatischen

Vorfeld eine für die Bundesrepublik außenpolitisch saubere, aber für die Ägypter dennoch nützliche Lösung gefunden hatte: Die Bundesrepublik liefert zwar nicht ein einziges Exemplar des deutsch-französischen Kampfflugzeuges Alpha-Jet, sie hat aber nichts gegen eine Verlegung deutscher Produktionsstätten nach Frankreich und einen Export von dort aus einzuwenden. Eine filigrane Form der ökonomischen und außenpolitischen Arbeitsteilung zwischen Paris und Bonn. bo

Großbritannien

Zweifelhafte Empfehlungen

Etwa ein Jahr nach ihrer aufsehenerregenden mittelfristigen Prognose zeigt die Cambridge Economic Policy Group erneut düstere Perspektiven für die Entwicklung der britischen Wirtschaft auf: Bis in die achtziger Jahre hinein sei – bei gegenwärtig 1,2 Mill. Arbeitslosen – eine Arbeitslosenzahl von 1,5 bis 2 Mill. zu erwarten. Als eine wesentliche Ursache für das offenbar unzureichende wirtschaftliche Wachstum in Großbritannien wird wiederum die außenwirtschaftliche Entwicklung herausgestellt. Dieses Hemmnis wäre nur mit Hilfe einer scharfen Pfundabwertung in Höhe von etwa 40 % oder durch administrative Behinderungen der Einfuhr zu entschärfen.

Die Wissenschaftler empfehlen die zweite Alternative u. a. deshalb, weil sie die Rückwirkungen einer scharfen Abwertung auf das inländische Preisniveau vermeidet und der britischen Industrie während der notwendigen Modernisierung des Produktionsapparates einen Schutz gewährt. Beide Argumente sind jedoch mit einem dicken Fragezeichen versehen. Es ist nämlich nicht auszuschließen, daß sich die Arbeitnehmer dann lohnpolitisch so verhalten wie die Bergarbeiter Anfang 1974, die damals ihre nach der Ölpreisexplosion erheblich gestärkte Marktposition für extrem hohe Lohnforderungen „mißbrauchten“. Der Lohn- und Preisaufruf dürfte dann wohl kaum nennenswert geringer ausfallen als bei einer starken Abwertung.

Das Schutzzoll-Argument muß bei der traditionellen britischen Gesellschaftsstruktur noch zweifelhafter erscheinen. Relativ sicher wären dagegen Vergeltungsmaßnahmen, wie kürzlich die Reaktionen verschiedener Regierungen auf das Kokettieren der britischen Regierung mit Importrestriktionen zeigten. Allerdings darf dann auf der anderen Seite eine angemessene stärkere Abwertung des Pfund Sterling nicht auf Widerstand aus dem Ausland stoßen. Die Klagen etwa Frankreichs, die britische Wechselkurspolitik laufe auf eine „beggar my neighbour policy“ hinaus, sind insofern bisher inkonsequent. wt